

## UKW darf nicht sterben

In Ergänzung zum Interview über die Einstellung von UKW in der Schweiz in der NZZ vom 8. Mai ist zu erwähnen, dass UKW eine wichtige Rolle für die Sicherheit der Einwohner bei wichtigen Ereignissen spielt. Für den Kriegs- und Krisenfall wurde früher von der Armee eine Radio- und Fernseheinheit unterhalten, die mit bekannten Radio- und Fernsehpersonalitäten bestückt war, damit die Bevölkerung im Ernstfall rasch von den Behörden informiert werden konnte. Die bekannten Stimmen und Gesichter aus dem Medienalltag gaben die Gewähr für die Echtheit der Quellen und dafür, dass es sich nicht um Fake News handle. Wohin solche falschen Informationen führen können, erleben wir heute zur Genüge in den sozialen Netzwerken. Im Krisen- und Kriegsfall wird ein Aggressor aus einer der ersten Handlungen das digitale Netz lahmlegen.

Auch bei katastrophalen Ereignissen im friedlichen Alltag, die den Ausfall von digitalen Übertragungsnetzwerken auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene zur Folge haben, können sich die Bewohner mittels UKW selbst im Schutzraum darüber informieren, wie sie sich zu verhalten haben. Alarmsirenen alleine genügen nicht. Auf die Frage, wie die Information an die betroffene Bevölkerung bei Ausfall des Internets und der digitalen Kommunikationsnetze ohne UKW zeitnah und einfach übermittelt werden kann, habe ich bisher nie eine befriedigende Antwort erhalten. Bis dies der Fall ist, sollte das UKW-Netz aus sicherheitspolitischen Gründen nicht abgestellt werden.

Daniel Biedermann, Bolligen

## Der Mensch, ein Ersatzteillager?

Dem Bundesrat geht die Widerspruchslösung zu weit, er legt dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag vor (NZZ 6.5.21). Die Regierung möchte die erweiterte Widerspruchslösung. Dazu wird ein Register geschaffen, in dem der Widerspruch eingetragen wird. Gibt es keinen Eintrag des Verstorbenen, werden wie bis anhin die Angehörigen gefragt. Der Berg Bundesparlament wird eine Maus gebären. Mit der erweiterten Widerspruchslösung bleibt alles so, wie es ist. Die Initianten wollen die Schöpfung verändern und den Menschen unsterblich machen. Das Leben ist ein Geschenk, und dieses Geschenk ist endlich. Wo bleibt die Demut und die Ehrfurcht vor dem Leben? Abtreibung ja, Sterben nein, dies ist eine Doppelbödigkeit sondergleichen. Das Leben ist ein Fließband. Warum werden junge, gesunde Leben vor ihrer Geburt aussortiert, wo bleibt ihr Recht auf Leben? Diese Leben wären «ohne Ersatzteile» einsatzfähig und im Vollbesitz ihrer Kräfte. Die Abtreibungsbefürworter müssen sich diese Frage

stellen. Das Leben lässt sich aber nicht um jeden Preis verlängern. Natürlich soll eine Organtransplantation möglich sein, wenn sich genügend Spender finden, aber einen Zwang zur Spende vorzuschreiben, ist völlig verfehlt. Wo bleibt der Zwang, keine Abtreibung mehr vorzunehmen zu dürfen? Auch volkswirtschaftlich lässt sich die Widerspruchslösung ohne Einschränkung nicht rechtfertigen, der Mensch ist kein Ersatzteillager. Das Recht auf den eigenen Körper ist ein Freiheitsrecht. Jedem Menschen ist ein langes Leben gegönnt, aber selbst die «Götter in Weiss» werden den Menschen nicht unsterblich machen. Der gesellschaftliche Nutzen einer gesunden Geburt ist risikoreichen Operationen tausendmal überlegen. Gut, dass mit der erweiterten Widerspruchslösung alles so bleibt, wie es ist.

Beda Düggelin, Zürich

## Pseudowissenschaft

Unter dem Titel «Warum lagen die Wissenschaftler daneben?» werden verschiedene Gründe aufgeführt, warum das verfehlte Modell exponentiellen Wachstums immer wieder von der Wirklichkeit widerlegt wird (NZZ 7.5.21). Der Artikel endet mit der richtigen Bemerkung, dass Bauchgefühle trotzdem keine brauchbare Alternative zur Wissenschaft darstellen. Eine echte Wissenschaft müsste aber ihre Modelle korrigieren, wo sie sich als falsch herausgestellt haben. Die Pseudowissenschaftler der Task-Force hatten mehr als ein Jahr Zeit für solche Korrekturen und verbreiten immer noch den endgültig widerlegten Schwachsinn vom «exponentiellen Wachstum» der Epidemie. Eine Wissenschaft, die nicht auf Fälschungen reagiert und nicht im Sinne von Versuch und Irrtum aus solchen Diskrepanzen lernt und ihre Modelle entsprechend anpasst, verdient den Namen Wissenschaft nicht mehr und ist dem Bauchgefühl auch nicht mehr überlegen. Wenn die eigenen Vorurteile trotz andauernder Widerlegung durch die Wirklichkeit als unzweifelhafte, wissenschaftliche Wahrheit verkündet werden, handelt es sich um Pseudowissenschaft, die Schlimmeres bewirkt als Bauchgefühl.

Dr. sc. math. Hartwig Thomas, Rüti (ZH)

## Ablehnung bedeutet Sozialabbau

Am 13. Juni kommt die kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» zur Abstimmung, die von der Mitte-Partei lanciert wurde. Sie verlangt, dass der Kanton Zürich die Prämienvergünstigungen (IPV) mit gleichem Anteil mitträgt wie der Bund und Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen stärkt. In einer sachlich bemerkenswerten Auslegung führt die NZZ am 10. Mai die Geschichte und die Argumente zu den IPV zusammen: wie die Prämien aufgrund der überpropor-

tional wachsenden Gesundheitskosten insbesondere für mittelständische Haushalte zunehmend zur Belastung werden; wie der Kanton aufgrund der allseitig gewünschten Entwicklung «ambulant vor stationär» weniger als der Prämienzahler zu den Gesundheitskosten beitrage, da er nur die stationäre, jedoch nicht die ambulante Leistung direkt mitfinanziere usw. Die Analyse pigpelt in der abschliessenden Einschätzung, die «Initianten treffen mit ihrem Vorschlag durchaus einen wunden Punkt, die Prämienlast hat vor allem für den Mittelstand in den letzten Jahren stark zugenommen». Aus heiterem Himmel kommt die NZZ dann doch zum (un-)erwarteten Schluss, dass in der Corona-Krise keine neuen Ausgaben beschlossen werden könnten. Dass die zielgerichtete Unterstützung der IPV gerade die Autonomie der betroffenen Haushalte stärkt, diese davor bewahrt, in die Sozialhilfe abzurutschen, dass die Ablehnung der Initiative in Zeiten stark wachsender Prämien eigentlich einem Sozialabbau gleichkommt und unser System der Kopfprämie grundsätzlich infrage stellt, verschweigt der Autor. Deshalb, wer als Liberaler sozial verantwortlich handeln möchte, sagt Ja zur Initiative.

Lorenz Schmid, Männedorf, Kantonsrat der Mitte

## «Sofagate» müsste ein Weckruf sein

In Anbetracht von Erdogans Frauenverachtung erstaunt die Platzierung von der Leyens auf einem abseits stehenden Sofa nicht, ihre Dupertheit angesichts ihres Gastgebers allerdings schon (NZZ 3.5.21). Wirklich zu denken gibt aber das Zusammenspiel der beiden EU-Vertreter. Hätte sich Charles Michel ganz einfach zu von der Leyen aufs über-grosse Sofa gesetzt, wo angesichts dessen Grösse auch bei einer Doppelbesetzung immer noch der Corona-gerechte Abstand eingehalten worden wäre, hätte er ein mehr als deutliches Zeichen gesetzt.

Markus Thommen, Kloten

## An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach, 8021 Zürich  
E-Mail: [leserbriefe@nzz.ch](mailto:leserbriefe@nzz.ch)

## Neue Zürcher Zeitung

UND  
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 242. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (egj).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagessleitung: Christoph Fisch (cf.), Benno Mattli (bem.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (ubs.), Julia Momn (jum.), Katrin Büchenbacher (k. b.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehl (hhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafeller (gaf.), David Vomplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Larissa Rhyu (ryu.), Georg Häslar Sansano (geo.).

Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sof.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koppen (lkn.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Peter A. Fischer (pfi.), Dieter Bachmann (dba.), Ernes Gallarotti (ti.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Zoë Inés Baches Kunz (Z. B.), Hansueli Schöchli (hus.), Martin Lanz (mla.), Natalie Gratwohl (ng.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Jann Lienhart (jal.), Lorenz Honegger (lho.).

Börse: Michael Ferber (feb.), Andreas Uhlig (Ug.), Werner Grundlehner (gru.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Herger (phr.), Arsten: Matthias Kamp (mka.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Kusma (kus.), Lena Stallmach (lsl.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Jenni Thier (thj.), Ruth Fultner (ful.), Gioia da Silva (gds.).

Faunisten: René Scheu (rs.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribli (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbg.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.).

Sozial Media: Reto Stauffacher (rst.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (phg.).

Podcast: Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Olga Scheer (ola.), David Vogel (dv.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xko.), Sharon Funke (sfu.), Alexandra Kohler (ako.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (eff.), Joana Kelen (jok.), Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (phk.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jörg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jill Antener (jil.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mk.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tollenbach (rol.), Stefan Reiz Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Ózpal (iö.), Claudia Baer (cb).

Art Director: Reto Althaus (ral.). Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgu.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Peter B. Birrer (bir.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Michael Pfister (mpf.), Josi Hunn (hju.).

Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.). Produktion/Layout: Hansruedi Frei. Korrektorat: Natascha Fischer.

### TRIBÜNE

# Der Service public braucht ein Preisschild

### Gastkommentar

von MICHAEL MAYER, MATTHIAS FINGER und PHIL BAUMANN

Die Grundversorgung der Post ist in ihrer Nachhaltigkeit gefährdet. Im internationalen Vergleich ist sie überdimensioniert und angesichts der zunehmenden Digitalisierung zu wenig auf die veränderten Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet. Welchen Anforderungen also hat die Grundversorgung zukünftig zu genügen? Aus unserer Sicht sind fünf Grundsätze von Bedeutung.

Erstens: Der Staat soll den Grundversorgungsauftrag nur subsidiär bei Marktversagen – oder bei Vorliegen eines klaren öffentlichen Interesses – erteilen und ihn regelmässig auf Notwendigkeit oder Anpassungsbedarf hin überprüfen. Da der Zahlungsverkehr in kaum einem anderen europäischen Land Teil der Grundversorgung ist, könnte der Staat auch darauf verzichten oder entsprechende Dienstleistungen durch regulatorische Vorgaben von privaten Unternehmen einfordern.

Zweitens: Will der Staat am Grundversorgungsauftrag festhalten, ist dieser, wenn immer möglich, auszuschreiben. Die Ausschreibung sollte technologieneutral erfolgen.

Drittens: Der Grundversorgungsauftrag ist kostentransparent und wettbewerbsneutral zu erfüllen. Von Querfinanzierungen ist abzusehen. Ziel ist eine buchhalterische und wenn möglich eine strukturelle Trennung zwischen den öffentlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern des Unternehmens.

Viertens: Der Grundversorgungsauftrag ist grundsätzlich durch den Staat abzugelten. Damit hat die Grundversorgung ein «Preisschild». Die Grundversorgungskonzession im Bereich der Telekommunikation wird heute jedoch derjenigen Bewerberin erteilt, welche unter anderem keine finanzielle Abgeltung verlangt. Die Grundversorgung der Post wiederum wird querfinanziert. Diese Finanzierungsmodelle sind nicht nachhaltig und erwecken in der Bevölkerung den Anschein einer kostenlosen Grundversorgung.

Fünftens: Ausschreibung und Abgeltung der Grundversorgung ersetzen staatliche Beteiligungen an Unternehmen. Wird eine solche beibehalten, ist sicherzustellen, dass das Unternehmen in seinen privatwirtschaftlichen Tätigkeiten nicht ungerechtfertigt bevorteilt wird.

Weil die Staatsunternehmen in den verschiedenen Sektoren eine zentrale und oft dominante Rolle spielen, ist eine breitere, den ganzen Sektor betreffende Governance wichtig – erst danach stellt sich die Frage nach der Corporate Governance, also der Führung der Unternehmen. Es empfiehlt sich hier eine klare Rollenteilung zwischen der Politik, den Unternehmen und unabhängigen Regulatoren, die den Service public hinsichtlich Wettbewerbsneutralität, Kosteneffizienz und Qualität überwachen. Hilfreich für diese Rollenklärung ist auch eine klare Trennung zwischen dem Betreiben einer monopolistischen Infrastruktur im öffentlichen Interesse und dem Erbringen von Service-public-Leistungen wie der Zustellung der Post, dem Betreiben von Zügen oder Postautos sowie der Produktion und der Lieferung von Strom. Monopolistische Infrastrukturen wie das Hochspannungsnetz, die Flugsicherungsinfrastruktur und die Bahninfrastruktur können zwar durchaus im Staatsbesitz bleiben, müssen aber überwacht werden.

Mit der Digitalisierung und der Dekarbonisierung schreitet die technologische Konvergenz der Infrastrukturen rasch voran. Für die Regulatoren könnte dies beispielsweise heissen, dass neu eine Mobilcom für Schiene und Strasse sowie eine Comcom für Post, Telekom und Medien zuständig wäre. Bereits vorgesehen ist eine Enercom, welche Strom, Gas und Fernwärme integrieren soll.

Die Digitalisierung führt zu Konvergenz von Dienstleistungen in den Bereichen Post, Telekommunikation und Rundfunk. Somit ist zunächst zu klären, welche Zwecke mit der Grundversorgung überhaupt erfüllt werden sollen, um dann das dazu notwendige Grundversorgungsangebot sektorenübergreifend zu definieren.

Michael Mayer ist Mandatsleiter der Eidgenössischen Finanzkontrolle (er schreibt hier nicht im Namen der EFK); Matthias Finger ist em. Professor für Management von Netzwerkindustrien an der EPFL; Phil Baumann ist Oberassistent an der Universität Luzern.

### KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). London: Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nusplinger (nn.). Berlin: Marc Felix Serrao (fx.), René Höltschi (Ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Anna Schenker (ars.), Christoph Prantner (cpr.), Alexander Kissler (kis.). Frankfurt: Michael Rasch (ra.). München: Stephanie Lahrtz (slz.). Rom: Andres Wysling (awy.). Madrid: Ute Müller (utm.). Wien: Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). Stockholm: Rudolf Hermann (ruh.). Brüssel: Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinvorth (DSt.). Moskau: Markus Ackeret (mac.). Dakar: Samuel Misteli (smi.). Istanbul: Volker Pabst (pab.). Beirut: Christian Weisflog (ws.). Jerusalem: Inga Rogg (iro.). Tel Aviv: Ulrich Schmid (U. Sd.). Delhi: Andreas Babst (abb.). Singapur: Manfred Rist (rt.). Peking: Matthias Müller (Mue.). Taipeh: Matthias Sander (msa.). Tokio: Martin Kölling (koe.). Sydney: Esther Blank (esb.). Washington: Peter Winkler (win.). Chicago: David Sigler (dsd.). New York: Christof Leisinger (cri.). San Francisco: Marie-Astrid Langer (lma.). Vancouver: Karl R. Felder (Fdr.). Salvador da Bahia: Alexander Busch (bu.).

### WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktorin a.i.: Nicole Althaus (na.). NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Florin Clalüna (fcl.), Barbara Klingebacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

### DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Berlin; The Market Media AG, Zürich.

### ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, [redaktion@nzz.ch](mailto:redaktion@nzz.ch), [www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)  
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, [leserbriefe@nzz.ch](mailto:leserbriefe@nzz.ch).

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, [verlag@nzz.ch](http://verlag@nzz.ch).

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, [leserservice@nzz.ch](mailto:leserservice@nzz.ch), [www.nzz.ch/leserservice](http://www.nzz.ch/leserservice).

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, [inserate@nzz.ch](mailto:inserate@nzz.ch), [www.nzzzone.ch](http://www.nzzzone.ch).  
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

### PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

**NZZ Print & Digital:** 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).  
**NZZ Digital Plus:** 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).  
**NZZ Wochenende Print:** 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.  
**NZZ International Print & Digital:** 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

**NZZ Kombi Print & Digital:** 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

**NZZ für Studierende:** 5 Fr. (1 Monat).

**Alle Preise gültig ab 1. 1. 2021.**

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2021.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG  
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler